



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

unterirdischen Krisen der Arbeiterbewegung, des Mangels mancher Rohstoffe und der Folgen von Zerstörungen klar ins Auge faßt und sie zu überwinden trachtet. Wenn auch hier und dort eine scharfe Kritik des Versailler Friedensvertrages und der Politik Clemenceaus zutage tritt, so wird sie doch dem Fremden gegenüber möglichst verborgen. Aufgeklärtheit, Weltbürgertum, europäische Gesinnung sind in Frankreich nämlich nicht gleichbedeutend mit Gerechtigkeit gegen Deutschland — so gern gewisse ideologische Zirkel bei uns das auch annehmen möchten.



## Reichs Spiegel

Die Herrschaft der Deutschnationalen Volkspartei. Die Böswilligkeit der gegnerischen, die unzureichende Berichterstattung der eigenen Presse gibt von dem zweiten deutschnationalen Parteitage in Hannover ein ganz schiefes Bild. Das Wesentliche tritt nicht hervor, Einzelzüge werden unzulässig v. r. allgemeinert. Dichtet man ihm eine Pogromstimmung an, faselt man von Revanchephrasen, die ihn beherrscht hätten, so beugt man die Wahrheit in einer Weise, die denn doch über das zulässige Maß des selbst im inneren Parteikampf Deutschlands Ablichen weit hinausgeht. Nicht die Negation, so berechtigt sie dem Zustand von heute gegenüber sein mag —, das Positive, das Neue, das Zukunftssträchtige überwog auf ihm und gab dieser Massenversammlung wie der vorausgegangenen Sitzung des Hauptvorstandes eine weit über den Tag hinausgehende Bedeutung. Diesen Erfolg der „Jungen“ aber, der zukunftsroh trotz alledem Vorwärtsdrängenden, der jungdeutsch und sozial Gerichteten in der Partei, den spürt man in den Spalten der Tagespresse so wenig heraus wie die Bedeutung der programmatischen Rede und die unvergleichlich feste Position ihres Führers Herzt, der es verstanden hat, die Partei zur völligen Einheit zusammenwachsen zu lassen, und die angesichts der nicht mehr zu verlierenden Rettungszeit verantwortungsbewußte Entschlossenheit, aus der Opposition heraus und in die in Bayern schon erreichte Mitverantwortung hinein zu kommen, den Mut, gegenüber der Selbstzerfegung der sozialistischen Parteien und dem sterbenden Marxismus den Kampf aufzunehmen um die Seele der deutschen Arbeiterschaft. . . . „Das Land, das die Arbeiterfrage zuerst gelöst hat, wird den Krieg endgültig gewinnen.“ Wollen die Gegner ihren gläubigen Lesern die Deutschnationalen weiterhin als Schreier, als Hezer, als Leute der Negation sans phrase, als Revanchepolitiker und nicht ernst zu nehmende politische Kinder darstellen — habeant sibi! Um so unangenehmer für sie dereinst das Erwachen. Die gegnerischen Führer aber sind wohl schon jetzt betroffen von dem Geist der Stärke, Entschlossenheit, Kampfesfreude und Zielsicherheit, der ihnen aus Hannover trotz aller unzulänglichen Berichterstattung entgegenwehte.

Nicht als ob alles schön und gut gewesen wäre, als ob besonders am ersten Tage die Referate und die Erörterung nicht manches zu wünschen übrig gelassen hätten, was die Partei selbst noch zu beschäftigen haben wird; charakteristisch bleibt der Eindruck der Stärke. Sie zeigte sich in der Teilnehmerzahl, in den trockenen Ziffern des Geschäftsberichts, in den in den Parteitag eingeschobenen Versammlungen der Sonderausschüsse und Bünde, die zur Partei gehören: schwellendes Leben, das, in den engen Rahmen dreier Tage gefaßt, ihn fast zu sprengen drohte. Die Stärke zeigte sich in der wundervollen Geschlossenheit der Stimmung und der überwältigenden Vertrauensfundgebung für den Parteiführer. Gerade dort, wo ihr in der Ausnahme neuer Gedanken am meisten zugemutet

wurde, wo alte Urteile und Vorurteile am stärksten zu überwinden waren, ging diese Versammlung von Vertretern der Partei aus dem ganzen Reiche am willigsten mit. Das war nicht Stagnation, das war stutende Bewegung. Die Stärke zeigte sich in dem zwieteligen Willen, es sich nicht auf dem Polster der Opposition bequem zu machen, sondern angesichts der furchtbaren Lage des Staates die Verantwortung auf sich zu nehmen um des Vaterlandes willen, so schwer die Erbschaft drücken möchte. Ich greife einzelne Punkte heraus, die meines Erachtens in der Berichterstattung unscharf herausgekommen sind, um sie ganz klar zu beleuchten.

Die Auseinandersetzung mit der Deutschen Volkspartei lag in der Luft, zumal in Hannover, auf dem altererbten Boden des Bennigsen'schen National-liberalismus. Sie ist besonders von Hertg selbst und von Heiffenrich in seiner großen Rede in der Stadthalle ruhig, ohne jede persönliche Schärfe gegenüber den Führern der anderen Partei und — das muß stark betont werden — mit der zweifellosen Grundrichtung durchgeführt worden, daß ein Weg zur Befriedung Deutschlands nur dann sich öffne, wenn beide Parteien schließlich loyal und verständlich zusammengehen. Es war nicht Parteigezänk, sondern die notwendige Klärung vor der Preußenwahl, gerade auch den Anhängern der Volkspartei gegenüber durchaus notwendig, weil diese selbst wird endgültig Stellung nehmen müssen, und man mit einer Halbheit der Deutschen Volkspartei nicht in den Wahlkampf gehen kann. Daher die Kritik an deren Verhalten in den Juntagen der Kabinettsbildung, an ihrer Schwäche in der Koalition, an ihrem Nachlaufen gegenüber der Sozialdemokratie. Dieser Standpunkt an praktischen Beispielen dargetan: Die Partei verleugnet nicht einen Augenblick opportunistisch die Monarchie, die ihr als die der Wesensart unseres Volkes entsprechende Regierungsform erscheint, so sehr sie sich dessen bewußt ist, daß ihre Zeit noch nicht gekommen sei. Sie kämpft mit Entschiedenheit wie überhaupt für den preußischen Staatsgedanken so auch gegen die Möglichkeit einer Abtrennung Oberschlesiens von Preußen, weil sie i. E. dessen Lösung auch vom Reiche bedeuten würde. Sie leugnet die Möglichkeit der Sozialisierung, der sie eigene positive Vorschläge entgegenstellt, und ringt bewußt mit der „überflüssigsten Partei,“ der Sozialdemokratie, mit der in ihrem heutigen Habitus Müller-Scheidemann zusammenzugehen i. r. glatt unmöglich ist, um die deutsche Arbeiterschaft.

Ein zweiter Punkt. Hört man das Echo der demokratischen Presse, so möchte es scheinen, als habe Hannover widergehalten von Schlächtrungen eines zügellosen Antisemitismus. r. ir kennen die Wahrheitliche der Zitungen vom Schlage des „Berliner Tageatts“; gerade in diesen Tagen deckte Dietrich Schäfer die dort betriebene planmäßige Brunnenvergiftung an der Schandschrift von „Ludendorffs Scheu vor der Wahrheit“ einmal wieder gründlich auf. In Wirklichkeit bedeutet Hannover alles andere eher als einen Sieg der „Deutschvölkischen“ im Sinne eines negativen Antisemitismus, hoffentlich vielmehr die endgültige Verständigung über diese Frage im Sinne des gemeinamen positiven völkischen Gedankens, wie er hell und rein im Vortrage Ritters erklang. Gerade hierin ist die Deutschnationale Volkspartei zu etwas viel Höherem geworden, als einer noch so großen Partei alten Stils, gerade hierin ist sie in der Tat „gemaltige, hinreißende, zukunfts- und siegesichere Volksbewegung“. Gerade das Gefühl hiervon erregte wirklich die Gemüter zu heiliger Begeisterung, sprang wie der göttliche Funke vom Redner auf die Hörer über, die ihm hingerissen lauschten. Die Gegner mögen dessen sich bewußt sein, daß es sich im „Deutschen Volkstum“ Wilhelm Stapels und in all den Bewegungen, die mit diesem Kennwort bezeichnet sind, um etwas Positives, Arterhaltendes, in den Tiefen deutscher Seele Wurzelndes handelt, wahrlich nicht um jenen Antisemitismus, den man die „Sozialdemokratie der Dummen“ nannte.

Das fühlt die Jugend; sie würde sich nie einer Partei zuwenden, die bloß negieren oder Altes konservieren mollte. Sie ist aus ihrer Natur heraus der Halbheit Feind, sie hat aus ihrem Erlebnis des Schützengrabens

den radikalen Willen zur Volksgemeinschaft. Wehe aber der Partei, die sie nur benutzen, die sie „erfassen“ und „organisieren“, die sie als Stimmvieh einfangen wollte. Sie kann richtungspolitisch, sie darf nicht parteipolitisch erzwungen werden. Das glänzende Referat über die Jugendfrage auf der Tagung des Hauptvorstandes zeigte das aufrichtige Verständnis gerade der führenden Stellen der Partei für diese zart und pfleglich zu behandelnden Dinge, und die weise Zurückhaltung hierin, die Anerkennung der aus eigener Kraft empormachenden und nicht am Gängelbände der Alten zu leitenden jugenddeutschen Bewegung wird der Partei bessere Früchte tragen als der Ueber-eifer aller anderen Parteien, die Zuend für sich einzuheimen.

Viel wesentlicher, daß sie sich selbst immer wieder verjüngt durch diesen Geist hoffender und strebender Jugend. Und sie tat es, indem sie von den vier Hauptreferaten zwei ausgeprochenen Führern der Jugend übertrug und deren Vorträge einstimmig gutgeheißen wurden. Die starke, ja leidenschaftliche Betonung des sozialen Gedankens, wie sie schon die Hauptvorstandssitzung gerade auch aus dem Munde des Parteiführers Herget selbst brachte, wie er auf dem Reichsarbeiterausschuß klare Gestalt gewann, fand ihre Krönung in der großen Rede Walther Lambachs über den Weg zur deutschen Volksgemeinschaft, deren Schluß ich nachstehend im Wortlaut gebe, weil in diesen Vorträgen ein Glied ins andere greift und damit der allgemeine Plan deutschnationaler Sozialpolitik festliegt:

„Der Friede von Versailles und das Abkommen von Spa haben Deutschland der Produktionsmittel beraubt, deren es zur Betätigung einer selbständigen und von fremden Völkern unabhängigen Wirtschaft bedarf. Das deutsche Volk ist zum Arbeitnehmergebiet unter den Weltvölkern geworden.

Wir Deutschnationalen sehen dieser Tatsache nüchtern und klar ins Auge. Die Not aber soll uns zum Lehrmeister werden, der den Weg nach oben zeigt.

Sie lehrt uns vor allem, mit den Rohstoffen, den Schätzen deutschen Bodens, die uns verblieben sind, haushalten als mit einem heiligen, vom Schicksal anvertraute Pfunde. Indem wir höchste Arbeitskräften an ihnen betätigen, wollen wir Verschwendung auf allen Gebieten unterbinden und durch höchste Mehrleistung dafür sorgen, daß sie sich von neuem mehren, statt dahinzuschwinden, wie es zur Zeit in der deutschen Revolutionswirtschaft geschieht.

Die Not lehrt uns auch, an die Produkte, die wir einzuführen gezwungen sind, höchste Arbeitsleistung binden und sie durch Einsetzung all des Wissens und Könnens, dessen nur der deutsche Kopf- und Handarbeiter fähig ist, zu Ausführartikeln umgestalten, die höchsten Wert verkörpern und uns daher für die hineingesteckte Arbeit höchsten Lohn hereinbringen.

Diesen Weg lehrt uns die Not und verweist uns damit zugleich auf die Menschen, die solcher Aufgabe auf allen Wirtschaftsgebieten gerecht werden sollen.

Fast scheint es, als seien die Deutschen unserer Tage der Aufgabe nicht gewachsen. Die Volkssolidarität, die Voraussetzung ihrer Erfüllung ist, scheint restlos zerstört. Klassenkampf und Lohnstreit zerreißen, was schicksalsverbunden zusammeng gehört.

Wir aber wissen, daß Kapitalisten, Unternehmer, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter gleich notwendige Glieder der deutschen Wirtschaft sind, die nach dem Frieden von Versailles den Arbeitgebervölkern der Entente als einheitliches geschlossenes Arbeitnehmergebiet solidarisch gegenüberzutreten haben, wenn sie nicht allesamt in Sklaverei versinken wollen.

Darum wollen wir dem deutschen Arbeitnehmer, der im modernen Großbetriebe vielfach den lebendigen Zusammenhang mit dem Sinn und Ergebnis seiner Arbeit und damit das Gefühl des eigenen Mitinteresses und der Mitverantwortlichkeit verlor und sich als ausgebeutetes und unterdrücktes Werkzeug des Kapitalismus vorkam, das Bewußtsein gleichberechtigter Mitarbeit schaffen und damit Arbeitsfreude und Mitverantwortlichkeitsgefühl wiedergeben. Seine volle Gleichberechtigung als Mensch wie als wirtschaftliche Vertragspartei ist zu unumwundener praktischer Anerkennung zu bringen. Der Dienstvertrag soll sich zum Gesellschaftsvertrag emporentwickeln. Unser Ziel ist: Nicht Herrschaft des Kapitals, sondern gleichberechtigte Gesellschaftsarbeit. Die Sozialdemokratie will die Herrschaft des Kapitalismus durch sogenannte Sozialisierung beseitigen. In Wirklichkeit wird dabei nur eine bürokratische Zentralisierung der Wirtschaft erreicht, die keineswegs den seelischen Zusammenhang zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmen herstellt, sondern den einzelnen nur noch weiter vom Sinne seiner Arbeit abbrückt, zugleich aber die Produktivkraft der Wirtschaft vermindert und damit auch die Existenzgrundlage des Arbeiters untergräbt. Dieser bürokratischen zentralistischen Sozialisierung stellen wir den Gedanken der sozialen Wertgemeinschaft gegenüber.

Einen grundlegenden Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele bedeutet die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, die unser Parteiprogramm mit dem Satze fordert: „Die Kapitalbeteiligung der Angestellten und Arbeiter an gesellschaftlich betriebenen Unternehmungen ist gesetzlich zu erleichtern.“ Wir verlangen deshalb alsbaldige gesetzliche Maßnahmen, durch die den dazu reifen Betriebsformen die Verpflichtung auferlegt wird, bei Neugründungen und Kapitalerhöhungen einen bestimmten Prozentsatz der Gesellschaftsanteile den Angestellten und Arbeitern am Erwerbe zur Verfügung zu stellen. Als hierzu reife Betriebe sehen wir die in der Form von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A. und Wirtschaftsgenossenschaften betriebenen Unternehmungen an. Ferner fordern wir die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Frage, ob und inwieweit auch anderen Unternehmungen ähnliche Verpflichtungen auferlegt werden können. Die von Angestellten und Arbeitern aus ihren Ersparnissen erworbenen Gesellschaftsanteile sollen mit Vorzugsrechten ausgestattet werden.

Im Bemühen um das gleiche Ziel heißt es des weiteren in unserem Programm: „Wir erstreben, daß den Angestellten und Arbeitern eine Teilnahme am Gewinn des Unternehmens gewährt wird, wo es dessen Eigenart zuläßt.“ Demgemäß fordert der Parteitag die auf nationalem Boden stehenden Unternehmer auf, durch freiwilliges Übereinkommen die Angestellten und Arbeiter nach Maßgabe der Ertragsfähigkeit des Unternehmens und auf der Grundlage ihrer Leistungen am Gewinn zu beteiligen.

Als weiteres bedeutsames Mittel zur Erreichung der sozialen Wertgemeinschaft betrachten wir einen geeigneten Ausbau des Heimstätten- und Pensionswesens der Arbeiter und Angestellten, zu dessen tatkräftiger Förderung die Deutschnationale Volkspartei alle zweckdienlichen Schritte unternehmen wird.

Landwirtschaft und Handwerk nehmen insofern eine besondere Stellung ein, als in ihnen der lebendige Zusammenhang der arbeitenden Menschen mit dem Betriebe wesentlich erhalten geblieben ist. In der Landwirtschaft herrscht zugleich in Gestalt der Naturallohnung ein Lohnsystem, das in seinen Wirkungen der Gewinnbeteiligung nahekommt. Versuche, dieses Lohnsystem zu einer wirklichen Gewinnbeteiligung auszugestalten, sind schon vielfach gemacht worden; ihre Weiterverfolgung ist dringend zu empfehlen. Die der Kapitalbeteiligung entsprechende Wirtschaftsförderung ist für den ländlichen Arbeiter in Erleichterungen der Selbständigmachung durch Landerwerb zu suchen.

Diesen Anforderungen an die Unternehmer stellen wir die Forderung an die Arbeitnehmer zur Seite, durch Eagerung ihrer Arbeitsleistung und bereitwillige Mitarbeit an der Ausbildung verfeinerter und veredelter Arbeits- und Lohnsysteme die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft wieder auf die notwendige Höhe zu bringen. Arbeit ist heute in Deutschland höchste Pflicht jedes einzelnen.

Im marxistischen Sozialismus liegt die Gefahr der Verelendung der Massen. Unser Weg öffnet ihnen praktische Möglichkeiten zu wirtschaftlicher Fortentwicklung und seelischer Veredlung. Auf ihm wollen wir zur Überwindung des Klassenkampfes, zur Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit, körperlicher wie geistiger, kommen. Unser Ziel ist: Nicht mechanischer Sozialismus, sondern organische Produktionsgemeinschaft. Sie wird uns die Arbeitssolidarität und die Sammlung unserer ganzen Volkskraft bringen, die allein die Sklavenketten von Versailles zu sprengen vermag.“

Aber „Volkstum und deutsche Zukunft“ endlich sprach der Landtagsabgeordnete Karl Bernhard Ritter: Die letzte Ursache unserer Niederlage ist der Abfall von uns selbst; auch unserem nationalen Gedanken fehlte und fehlt zum Teil noch die Seele. Die Götzendämmerung bricht über die alten Parteien herein, soweit sie nicht mit der Jugend aus dem Kriegserlebnis heraus die Idee der Volksgemeinschaft begriffen haben. Die Mechanisierung des Staates und der Individualismus sind im Kriege zusammengebrochen, die Gärung unseres Volkes ist Reaktion gegen die Zusammenballung atomisierter Einzelexistenzen zur Masse, ist Sehnsucht nach lebendiger Gemeinschaft, das Mißtrauen der Jugend gegenüber den Parteien hält so lange an, so lange man nicht mit einem lebendigen und entschlossenen Gestaltungswillen gegenüber Staat und Wirtschaft aus dem Gedanken der Volksgemeinschaft heraus unbedingt Ernst macht. Alle Bildungsfrage heißt über alle Aufseherlichkeiten der Organisation, wie Einheitschule usw., hinaus: Wie bilde ich den reines Volkstums bewußten charaktervollen deutschen Menschen? Hierin liegt die positive Möglichkeit zur Überwindung der Gefahr des jüdischen Geistes, hierin die Möglichkeit, den unheilvollen Riß zwischen Gebildeten und Ungebildeten zu schließen, hierin die Anbahnung des rechten Verhältnisses des

einzelnen zu den Wirklichkeiten von Staat und Religion. Ist unser Ziel die Volksgemeinschaft, so muß die Erziehung sein eine religiöse Erziehung. Denn soziale Gesinnung ist das Produkt sittlicher Erziehung, einer Sittlichkeit, die sich gründet in der Gewissensbindung an die absolute Wahrheit göttlichen Lebens. In der bewußten Rückkehr zum Volkstum liegt die deutsche Zukunft. — —

Der Mehrheitssozialdemokratie attestiert eine aus ihrem Schoß heraus geborene neue „Partei für Reformsozialismus“ (wieviel sozialistische Parteien haben wir zur Zeit?), sie sei „verknöchert, verkalbt, ohne Entschlußkraft und schöpferische vorwärtsweisende Ideen“. . . Und das nach Cass. L. diesem „Parteitage der Kraft“! — Gilt das auch von der Deutschnationalen Volkspartei? Unterliegen auch die Deutschnationalen der an der Sozialdemokratie gerügten Gefahr „einer Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit?“ Ich hoffe, nein, ich hoffe, daß die neulich im „Tag“ ausgesprochene Zielsetzung Ottos von Bierke doch noch zur Wahrheit wird: „Diese Gemeinschaft konnte sich als Hüterin der in innerster Seele aller Volksgenossen gemeinsamen Überzeugungen und als Vorkämpferin der wahrhaft weinlichen Ziele unseres nationalen Lebens mehr und mehr zum Wertzeuge zentraler Betätigung der Volksseele ausgestalten.“

Die beglückende Gabe der Tage von Hannover birgt in sich die Aufgabe, die großen Anhängerscharen der Partei mit dem Sauerreife dieser neuen Ideen zu durchdringen und zum zweiten, jetzt, und gerade jetzt die in Bewegung geratenen Massen dem nationalen, christlichen und sozialen Gedanken zuzuführen, dessen Wesenhaftigkeit niemand bestreiten kann. Gewiß ist es wahr: „Im billigen Negativismus der Opposition liegt eine starke einigende Kraft, während die Nötigung zu verantwortlichem Aufbau die Geister scheidet.“ Ich denke, die Deutschnationale Volkspartei ist sich dessen bewußt. Die Probe auf den inneren Gehalt ihrer Arbeit und ihrer Ziele wird erst der Tag bringen, der sie aus der Opposition zur Verantwortung ruft. Er soll sie bereit finden. —

Prof. Karl Pflug.

## Philipp schwört

Philipp schwört: „Die Menschheit döst,  
Und der Born des Glückes quillt nicht,  
Bis mein Volk durch mich erlöst!“  
Philipp — bange machen gilt nicht!

Philipp schwört: „Mein Volk verfuhr  
Bornehm, als es sich im heißen  
Kampf damit begnügte, nur  
Achselstücke abzureißen.“

Denkst du des Novembers-Clowns,  
Philipp, der rasch auszurücken  
Sann? In jener Nacht des Grauens  
Sprachst du nicht von Achselstücken.

Deiner Schönheit Rettung war,  
Daß kein Haar dir auf der Haut mehr  
Wächst, weil andernfalls dies Haar  
Über Nacht vor Schreck ergraut wär’.

Damals, Philipp, dünkte dir's  
Klug, die Ketter zu vergotten . . .  
Heute schwört er, den Offiziers-  
Stand zum Danke auszurotten.

Philipp schwört. Ja — lacht da wer?  
„Mir auch hat ein Eid gelongen,  
Doch das nimmt er nie so schwer!“  
Sagt der Mann von Amerongen.

Pandur.



## Offenherzigkeiten

### Der Schriftsteller mit der mangelhaften Portemonnaieregelung

Daß die Zeitungsreklame immer mehr darauf ausgeht, redaktionelle Formen zu borgen, wird ihr höchstens der Redakteur nicht verzeihen, dem Standesehre mehr als ein juristischer Begriff ist. Wir sind dickfellig und weitherzig geworden. In früheren Zeiten gab es auch in den übelsten deutschen Annoncenfaktoreien eine scharfe Scheidelinie zwischen jener öffentlichen Meinung, die die bezahlten Mitarbeiter des Verlages zu machen versuchten, und jener, die seine bezahlenden Mitarbeiter erzeugten. Heute stößt sich, wie gesagt, kein Fortgeschrittener an der üblich gewordenen Begriffsverwirrung, und niemals streift eine Ministerexzellenz, die den hohen sittlichen Beruf der Presse attestiert, das dunkle Gebiet der feuilletonistisch verschleierte Anzeige. Es ist nichts mehr dagegen zu wollen. Der geschäftsbedürftige Kapitalismus wünscht und bevorzugt diese Art der Ankündigung, und wozu leben wir seit dem 9. November in einer monarchistisch-sozialistischen Republik, wenn ihm nicht in allen Dingen gehorsam werden soll? Was sich die Berliner Theaterkritiker knirschend gefallen lassen müssen, die vom Verleger übertarifsmäßig hoch zu honorierenden illustrierten Rezensionen der Brüder Kotter-Schaje, das ist ihren Kollegen recht und billig. Und so wimmelt es unterm Strich an geistreichen Skizzen, die bald über neue Pelzmodelle, bald über Frontkorsetts und die jüngste Luxusdiele hinreißend plaudern. Wie lange noch, und nach Pariser Muster wird auch der Leitartikel zu haben sein, Preise nach besonderer Vereinbarung. Soweit alles gut. Nur eins brandmarkt die gesälligen Beträge der Außenleiter noch: sie meinen es nie unterlassen zu dürfen, sich dem Leser wiederholt als „Schriftsteller“ zu präsentieren. Mindestens dreibis viermal in jedem Aufsatz ist der — bei den hohen Zeilenpreisen doch sehr kostspielige — Hinweis darauf zu finden, daß der Herr oder das Fräulein Autor wirklich und tatsächlich zur richtigen Schriftstellergilde gehört. „Dean inzwischen ward mein Beruf die Schriftstellerei,“ schreibt Frimgard von Pein, deren neckisch-graziöse Feder für elektrisch-keramische (!) Schauerbrandöfen erglüht, während Wilhelm Kirchner begeistert ausruft: „Wenn ich nicht Schriftsteller wäre, würde ich auf der Stelle eines von diesen wunderbaren 50pferdigen Hastenichgesehen-Autos kaufen.“ Schriftstellerdalles hindert ihn daran. Später erwähnt er noch einmal seine betrübliche Geldklemme und nennt sich „einen Schriftsteller von mangelhafter Portemonnaieregelung“. Das Ansehen des Standes wird durch solche halb schnorrerhaften, halb bettelmönchischen Wendungen ungemein gehoben. Ich denke aber, in dieser Beziehung haben bereits Corna Christ und Georg Kaiser dem verehrungswürdigen deutschen Publikum alles Erforderliche gesagt;